

Peter Dannenberg und Sina Hardaker im Gespräch mit Thomas Heberer

Wir müssen weiter präsent sein und mit chinesischen Kollegen kooperieren

Sehr geehrter Herr Heberer, Sie blicken auf knapp 50 Jahre Feldforschung in China zurück. Wie hat sich Ihre Arbeit im Laufe der Zeit verändert? Welche Rolle spielen Kooperationen mit chinesischen Partnerinnen und Partnern und wie sehen diese heute aus?

1975, im Rahmen meiner Dissertation, war ich zum ersten Mal in China. Nach dem Abschluss meiner Promotion war ich mehr als vier Jahre bei der deutschen Ausgabe der „Beijing Rundschau“ tätig. So wurde ich Zeuge des Übergangs vom China der Kulturrevolution hin zur Reformära. Das war eine prägende Erfahrung,

„ Einseitige Bilder in Medien und Teilen der Politik haben in Deutschland zu einem negativen Image Chinas beigetragen. [...] Pauschale Spionagevorwürfe ohne Einzelfallprüfung werden gegen ganze Gruppen erhoben.

weil ich noch das damalige, relativ abgeschlossene und arme China, in dem Mangel an fast allen materiellen Gütern herrschte, kennenlernen durfte. Die erste wirkliche Feldforschungserfahrung machte ich nach dem Ende meiner dortigen Tätigkeit im Herbst 1981, als mir ein mehrwöchiger Feldaufenthalt im Autonomen Bezirk Liangshan

der Yi-Nationalität in Sichuan gestattet wurde. Das Vorhaben war von der chinesischen „Nationalitätenkommission“, der Provinz- und der Bezirksregierung genehmigt worden. Der Dolmetscher, ein Yi, fungierte als „weicher“ Organisator, d. h. das Programm konnte jeweils vor Ort mit ihm „ausgehandelt“ werden. Dabei ging es etwa um Interviews mit Schamanen, eine Tätigkeit, die damals noch als illegal galt, aber bereits wieder untergründig existierte. Danach habe ich bis 2019 jährlich China besucht, überwiegend zu Feldforschungszwecken.

Feldforschung bis weit in die 1980er-Jahre hinein musste zwar von zentralen Organisationen gebilligt werden, die konkrete Ausgestaltung wiederum handelte ich dann mit der lokalen Ebene aus, was nicht immer einfach war. Als ich 1986/87 insgesamt acht Monate Haus-zu-Haus- bzw. Stand-zu-Stand-Befra-

gungen unter kleinen Gewerbetreibenden (getihu) in sieben Städten in vier Provinzen durchführte, gab es am ersten Ort (Hangzhou) zunächst deutlichen Widerstand, der nur überwunden werden konnte, weil ich plötzlich die gute Nachricht erhielt, dass der damalige Parteichef Hu Yaobang meine Bitte um ein Interview positiv beschieden hatte. Mit dieser Nachricht stieß ich auf keinen Widerstand mehr und konnte insgesamt rund 1500 Gewerbetreibende befragen.

In den 1990er-Jahren konnten zentrale akademische Institutionen Feldforschung landesweit organisieren, wie die Akademie der Wissenschaften, das Forschungszentrum des Staatsrates oder ein Forschungszentrum unter dem zentralen Büro für „Compilation and Translation“. Erst seit Ende der 1990er-Jahre konnten auch regionale Forschungseinrichtungen und Universitäten innerhalb ihres Verwaltungsbereichs (Provinz, Bezirk) Feldforschung organisieren. Bis zur Corona-Pandemie, also bis 2019, funktionierte das relativ gut. Mittlerweile scheint es allerdings schwierig geworden zu sein, längere Feldaufenthalte vor Ort vorzunehmen und Interviews durchzuführen, vor allem, was Nachwuchswissenschaftler angeht.

Die deutsche Bundesregierung hat Mitte Juli 2023 nach relativ langer Bearbeitungszeit eine China-Strategie verabschiedet. Darin strebt sie weiterhin einen Balanceakt an, indem sie die VR China sowohl als Partner als auch als Rivalen betrachtet. Im Bereich Wirtschaft und Klimaschutz setzt die Bundesregierung auf Partnerschaft. Doch was bedeutet das konkret und wie wird dies umgesetzt?

Die China-Strategie stellt ein Kompromisspapier der Koalitionsparteien dar, bleibt, was künftige Kooperation angeht, zum Teil aber recht vage. Ihr Inhalt steht für einen Bruch deutscher Chinapolitik, der spätestens mit dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine und der Ausrufung der „Zeitenwende“ auch im Hinblick auf China vollzogen wurde. Dabei scheinen die einzelnen Parteien die Frage künftiger Kooperation durchaus unterschiedlich auszulegen. Der Newsletter Chinahirn berichtete z. B. jüngst, dass

die zuständigen Ministerien (u. a. Wirtschaft, Auswärtiges Amt) beschlossen haben, dass die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau ab 2024 keine gemeinsamen Klima- und Energieprojekte in China mehr finanzieren darf.

Was den Wissensaustausch anbelangt, so soll dieser zwar weiterentwickelt werden. Allerdings stimmt bedenklich, dass – um nur ein Beispiel zu nennen – die vom „China Scholarship Council“ finanzierten chinesischen Stipendiaten künftig nicht mehr aufgenommen werden sollen. Pauschal wird den entsprechenden Stipendiaten „Spionage“ unterstellt. Ein entsprechender Beschluss der Universität Erlangen-Nürnberg wurde von der Bundesbildungsministerin ausdrücklich begrüßt. Der deutsche Hochschullehrerverband kritisierte indessen die „Absolutheit des Verbots“ und befürwortete „Einzelfallentscheidungen“ gegenüber einem „pauschalen Ausschluss“. Wenn ganze Stipendiatengruppen eines Landes unter Generalverdacht gestellt werden, stellt sich die Frage, ob Austausch noch gewünscht ist oder ob sich Deutschland vom Wissensaustausch mit China abzukoppeln versucht – mit fatalen Folgen für die deutsch-chinesischen Beziehungen und den Wissensaustausch insgesamt. Denn von reziproken Gegenmaßnahmen Chinas dürften in einer zu erwartenden Folgereaktion Pekings vor allem auch die Entsendung deutscher Stipendiaten nach China sowie die Arbeit deutscher Sozial- und Geisteswissenschaftler dort negativ betroffen sein. Von daher fragt sich, wie ernst weitere Kooperation im akademischen Raum intendiert ist.

Kiel steht aufgrund seiner Städtepartnerschaft mit Qingdao, die Hochschule Bielefeld aufgrund Ihres Hochschulprojekts in Hainan in der Kritik – um nur zwei Beispiele zu nennen. Kooperationen bzw. Engagement in China wird zunehmend kritisch betrachtet. Wie schätzen Sie diese Kooperationen ein und wie sollten wir damit umgehen?

Einseitige Bilder in Medien und Teilen der Politik haben in Deutschland zu einem negativen Image Chinas beigetragen. Jedwede Form von Kooperation wird mittlerweile mit Misstrauen beäugt. Pauschale Spionagevorwürfe ohne Einzelfallprüfung werden gegen ganze Gruppen (z. B. Studierende, Wissenschaftler, Stipendiaten) erhoben. Pauschale Vorwürfe gegen Gruppen wie Migranten, Afrikaner oder Muslime gelten mit Recht als rassistisch. Bei Zuordnungen im Hinblick auf Chinesen scheint man auf diesem Auge allerdings blind zu sein. Ich erinnere nur an den Titel „Gelbe Spione“ des „Spiegel“.

Was wünschen Sie sich für die zukünftige China-Forschung?

Wir müssen weiter in China präsent sein und mit chinesischen Kollegen kooperieren. Nur so können



Foto: Shutterstock/Tony3112

Ohne direkte Begegnungen kann das Verständnis von China nicht geschärft werden

wir begreifen und einordnen, was dort vor sich geht. Internetforschung über China ist keine Alternative. Sozialwissenschaftliche Feldforschung in China hat über viele Jahre unser Verständnis von China, seinen unterschiedlichen Strukturen und Institutionen geschärft. Nicht nur die Wissenschaft, auch die Politik sollte dazu beitragen, sozialwissenschaftliche Wissenschaftskooperation mit und in China nicht abzubauen, sondern im Dialog mit China zu fördern, vor allem auch was den Nachwuchs anbelangt. Zugleich aber sollte sich die Politik Gedanken machen, wie Chinastudien, die im letzten Jahrzehnt sukzessive an einem Mangel an Studienanfängern leiden, wieder attraktiver werden können. Sonst werden wir in einem weiteren Jahrzehnt feststellen, dass uns solide Chinaexpertise verloren gegangen ist. ■

AUTOREN UND AUTORIN

Prof. Dr. Thomas Heberer, geb. 1947
Seniorprofessur am Institute of East Asian Studies,
Universität Duisburg-Essen
thomas.heberer@uni-due.de
Schwerpunkte: Politik und Gesellschaft Chinas

Prof. Dr. Peter Dannenberg, geb. 1977
Geographisches Institut sowie
Global South Studies Center, Universität zu Köln
p.dannenberg@uni-koeln.de

Dr. Sina Hardaker, geb. 1985
Julius-Maximilians-Universität Würzburg,
Institut für Geographie und Geologie,
Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie
Sina.hardaker@uni-wuerzburg.de